

# Rundschau

Informationsblatt der steirischen KPÖ

Ausgabe 136, Februar 2021 – zugestellt durch post.at

Zeitung der **KPÖ** für Judenburg

## Lehren aus der Krise

**Liebe Judenburgerinnen und Judenburger!**

**Die Corona Pandemie hat unser Leben in einem Ausmaß verändert, wie wir es uns noch vor einem Jahr niemals hätten vorstellen können.**

**Ausgangssperren**, die Schließung von Schulen, Kindergärten, Kultureinrichtungen, Gaststätten und Geschäften. Krankenhäuser am Limit ihrer Aufnahmekapazitäten, Spitals- und Pflegepersonal am Rande seiner Belastbarkeit und leider sind auch zahlreiche Todesopfer der Corona Pandemie zu beklagen.

**Viele** Menschen sind arbeitslos oder von Kurzarbeit betroffen und müssen daher ihr Leben mit viel weniger Einkommen meistern. Viele Gewerbetreibende haben durch den Lock-Down existenzbedrohende Einbußen erlitten. Kulturschaffende stehen vor dem Nichts. Die Regierung hat viel versprochen, aber allzu oft kommen die Hilfen zu spät oder gar nicht zu den am meisten Betroffenen.

**Wie** bei jeder Krise treten nun

die Folgen von Fehlentwicklungen und Mängel in einer Gesellschaft offen zu Tage. Nun rächen sich die Kürzungen im Gesundheitsbereich, wie Spitalschließungen, Bettenreduzierungen und Personalabbau.

**Nun** zeigt sich am Beispiel der Produktionsverlagerung von Medikamenten und Schutzkleidung ins Ausland der Wahnsinn des globalisierten Kapitalismus. Nun wird klar, wie völlig unzureichend die Nettoersatzrate von 55 % beim Arbeitslosengeld ist. Nun zeigt sich, dass vor allem Frauen die Hauptlast der Krise tragen, im Pflegebereich und bei der Kinderbetreuung. Nun wird deutlich, dass Kinder ärmerer Eltern im Bildungssystem benachteiligt sind. Es zeigt sich aber auch, dass es viele Gewinner gibt die gut an der Krise verdienen und dass die Reichen auch in Krisenzeiten reicher ge-

worden sind.

**Viele** Menschen sehen besorgt in die Zukunft – und das zu Recht. Gigantische Geldbeträge wurden aufgenommen und es stellt sich die Frage wer die vielen Milliarden zurückzahlen wird. Es droht eine sozialer Kahlschlag. Nach der Krise werden viele Menschen froh sein wieder Arbeit zu haben, das wird die Position der Unternehmer noch mehr stärken. Viele kleine Gewerbetreibende werden auf der Strecke bleiben, Konzerne und Großunternehmen werden noch mächtiger. Welche Auswirkungen werden die verordneten Maßnahmen auf unsere künftige Demokratie haben? Das ist nur ein Ausschnitt an Problemen, die sich in den nächsten Jahren stellen werden. Doch wie sich die Zukunft gestalten wird liegt auch in unserer Hand.



*Wir wünschen allen  
Judenburger und JudenburgerInnen  
alles Gute für 2021, Gesundheit,  
soziale Sicherheit und Frieden!*

**Ihr KPÖ-Gemeinderat und die KPÖ-Judenburg**

**Rene Windegger**



# Voranschlag 2021: Budget im Zeichen der Krise

**Das Budget für 2021 wurde unter noch nie dagewesen Rahmenbedingungen erstellt. Die Kosten der Corona-Pandemie sind enorm.**

Die Einnahmen der Gemeinde schrumpfen. Bei den Ertragsanteilen sollen heuer vom Bund um rund 550.000 Euro weniger kommen als noch im Jahr 2019. Es gibt nur einen ungenügenden Ersatz für den Einbruch bei den Ertragsanteilen. Die Hilfgelder werden zu einem großen Teil nur in Form zinsenloser Kredite ausbezahlt. Zusätzlich wurden die Gemeinden auch noch mit neuen Aufgaben, wie der Unterstützung der Corona-Massentestungen belastet.

**Minus von rund 6,7 Mio. Euro**

Die Corona-Krise beschert unserer Gemeinde im Ergebnishaushalt ein Minus von rund 6,7 Millionen Euro. Und nicht nur heuer, denn laut mittelfristigem Haushaltsplan wird auch in den kommenden Jahren mit einem Abgang gerechnet.

Die Gemeinden bekommen von Bund und Land Zuschüsse für Investitionen, deshalb sind im Budget einige Projekte, vor allem die Kinderkrippe und Straßensanierungen, geplant. Das ist gut, aber zu wenig an Unterstützung. Denn die Gemeinden müssen einen Teil der Investitionen selbst finanzieren und das ist besonders für finanzschwache Gemeinden ein großes Problem.

Die Gemeinden brauchen auch Geldmittel um den laufenden Betrieb zu finanzieren. Gibt es hier zu wenig Unterstützung drohen Leistungskürzungen, Gebührenerhöhungen und Personalabbau. Nun werden Milliardenschulden angehäuft und viel zu wenig von dem Geld fließt in die Gemeinden.

## Gemeinde- wohnungen

Der Rückkauf der Gemeindeformen war notwendig, für sie braucht es jetzt aber dringend ein Sanierungskonzept. Auch dafür braucht unsere Stadt Geld.

Die KPÖ stimmt Voranschlägen nur zu wenn sie deutliche Verbesserungen für die Bevölkerung enthalten. Die Rücknahme der JUSI-Wohnungen ist eine solche Verbesserung. KPÖ-Gemeinderat Rene Windegger hat in seiner Stellungnahme betont, dass wir die Rücknahme der Wohnungen unterstützen. Die KPÖ lehnt die jährlichen Gebührenerhöhungen aber grundsätzlich ab und sieht in ihnen in Krise ein völlig falsches Zeichen.

Darum und als Protest gegen die Unterfinanzierung der Gemeinden hat die KPÖ gegen den Voranschlag 2021 gestimmt.



## KPÖ für Ende des Zusperrkurses bei Spitälern

Die EU spielt sich in der Corona-Krise als Retterin in höchster Not auf. Dabei hat sie selbst die Gesundheitskrise in den Mitgliedsstaaten verschärft.

63 mal hat die Europäische Kommission in den Jahren von 2011 bis 2018 den Mitgliedsstaaten der EU empfohlen, Teile des Gesundheitssektors zu privatisieren und die öffentlichen Ausgaben in Sachen Gesundheit zu reduzieren.

Im letzten Jahrzehnt wurden in Österreich 4.500 Spitalsbetten abgebaut. In der Steiermark hat man die Landeskrankenhäuser in Eisenerz und Hörgas gesperrt und die Bettenzahl in den bestehenden Spitälern reduziert. Die Schließung der Krankenhäuser in Rottenmann, Bad Aussee

und Schladming steht im Raum.

Die Zusperrpläne für die Landesspitäler dürfen nicht umgesetzt werden, das wäre fahrlässig. Vielleicht sollte man jetzt mit dem Umdenken anfangen. Einige kleine Spitäler sind wahrscheinlich doch besser als ein Zentralspital, das wegen ganz weniger Seuchenfälle sperren muss!

## Spitalschließungen in Italien

Schlimmer als in Österreich ist es in unserem südlichen Nachbarland. Italien baute seit Beginn der Nullerjahre 75.000 Spitalsbetten ab. Diese Austeritätspolitik hat mit dazu beigetragen, dass die Coronapandemie in diesem Land derart tödliche Auswirkungen hat.



Wegen der Pandemie kam die ganz normale Gesundheitsversorgung zu kurz.

## TIERECKE: Die Gier in der Landwirtschaft

Kommentar von Christine Erschbaumer

Ich freue mich immer sehr, wenn LandwirtInnen ihre Kühe, Schweine, Hühner und sonstige Tiere **artgerecht** halten. Ein Bauer, eine Bäuerin können ihr Tagwerk nur mit dem Wissen gut abschließen, das sie ihre Tiere gut versorgt haben. Mir ist auch klar, dass Tiere auch geschlachtet werden müssen. Gönnst ihnen in ihrer Lebenszeit ein "tiergerechtes Leben".

Die Massentierhaltung hält in der Landwirtschaft Einzug, wenn nur Profitgier vorherrscht. Es ist unbarmherzig, wenn man für das "Geldsäckel" über das Leid der Tiere hinwegsieht.

Die Menschen sind auch zum Umdenken gefordert. Beim Kauf sollte Qualität vorrangig sein. Mit dem "Schleuderpreis" aus der Massentierhaltung kann gutes Fleisch, aus artgerechter Haltung natürlich nicht mithalten.

Laut MedizinerInnen, sind dreimal Fleisch in der Woche genug für den Speiseplan. Wenn man also Fleisch von guter Qualität und dafür weniger isst, tut man gutes für die Gesundheit und den Tierschutz.

Ich bedanke mich auch bei den TierschützerInnen, die großartigen Einsatz erbringen.



Ihre  
Christine Erschbaumer,  
Gemeinderätin a.D.

## Impfchaos

**Seit Monaten hören wir, dass der Ausweg aus der Corona-Krise in der Impfung liegt. Weltweit wurde mit Hochdruck an Impfstoffen geforscht. Es war klar, dass es relativ bald einen Impfstoff geben wird. Die ÖVP/Grün-Regierung hätte als Monate Zeit gehabt.**

Offensichtlich war die Regierung mehr damit beschäftigt medial zu glänzen, wofür auch die Werbeausgaben auf 30 Mio. Euro im Jahr aufgestockt wurden. Der Grazer KPÖ-Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer hat das Fehlen einer Strategie kritisiert. Daraufhin wurde zumindest eine Information an alle über 80-jährigen verschickt.

## KOMMENTAR



Rene Windegger,  
ist KPÖ-Gemeinderat  
in Judenburg

### Wer zahlt für die Krise?

Die Corona-Krise bringt nicht nur große Herausforderungen für den gesamten Gesundheits- und Pflegebereich mit sich, auch im sozialen und wirtschaftlichen Bereich sind die Volkswirtschaften von gigantischen Umbrüchen betroffen. So ist aus heutiger Sicht mit einem Rückgang der BIP in Höhe von 5,2 bis 7,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu rechnen – ein Ausmaß, das selbst die Krise von 2008 bei weitem übertrifft. Eine Vermögenssteuer ist ein einfacher Weg, die Kosten der Krise nicht auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen.

Im internationalen Vergleich sind die Steuern auf Vermögen in Österreich sehr niedrig, im Jahr 2018 beliefen sich die Steuereinnahmen aus Vermögen auf 1,3 Prozent der gesamten Steuereinnahmen, im OECD Durchschnitt hingegen wurden 5,5 Prozent der Steuern durch Vermögenssteuern lukriert. Argentinien hat eine Vermögenssteuer beschlossen und besteuert Vermögen über rund 2.000.000 Euro im Inland mit 3,5 Prozent und im Ausland mit 5,25 Prozent. In Österreich ist eine solche Steuer im Moment undenkbar, denn die Regierung fühlt sich ihren Spendern näher als der Bevölkerung.

Die Vermögen in Österreich sind sehr ungleich verteilt, so besitzen die vermögendsten 10 Prozent 69 Prozent des gesamten Vermögens. Im internationalen Vergleich liegt Österreich bei der Ungleichverteilung von Sach- wie Geldvermögen im Spitzenfeld. Der Gini-Koeffizient macht diese Ungleichheit sicht- und messbar. So liegt Österreich mit einem Wert von 0,76 vor Ländern wie Kanada und Belgien.

Die Krise zeigt uns sehr deutlich den Wahnsinn des kapitalistischen Systems. Während Hundertausende in Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sind und tausende Kleinbetriebe um ihre Existenz fürchten müssen werden die Vermögen der Reichsten noch größer. Es braucht also dringend eine gerechte Verteilungspolitik, von Oben nach Unten.

Ihr Rene Windegger

In Judenburg  KPÖ

## Wo bleibt der Ruf nach Vermögenssteuern?

In einer Resolution der Gemeinde an den Bund wurde eine bessere finanzielle Ausstattung der Gemeinden gefordert. Zusätzlich sollen die Gemeinden Zugang zu den Hilfsprogrammen des Bundes und zur Bundesfinanzierungsagentur erhalten.



**Das** sind vollkommen richtige Forderungen. Was aber viel zu oft vergessen wird sind Forderungen woher das Geld kommen soll.

**So** haben die SPÖ-Bürgermeister von Fohnsdorf, Judenburg, Zeltweg, Spielberg und Knittelfeld in einer Pressekonferenz auf die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden hingewiesen und völlig zu Recht mehr Geld vom Bund verlangt.

**Leider** hat kein einziger dieser SPÖ-Bürgermeister die Forderung nach einer Reichen- oder einer Erbschaftssteuer für große Vermögen erhoben. Aber wann, wenn nicht jetzt muss man eine höhere Besteuerung von Vermögen, großen Erbschaften oder Konzerngewinnen verlangen?

**Damit** die Corona-Pandemie nicht dazu benutzt wird die Lage der arbeitenden Menschen und auch der Gemeinden zu verschlechtern, muss die Forderung nach einer Finanzierung der Krise durch Reichtum und Konzerngewinne auf allen Ebenen lautstark erhoben werden.

**Es** ist eine Frage der Gerechtigkeit, denn es gibt genug Geld, es ist nur in den falschen Händen. Die Menschen haben ein Recht auf soziale Sicherheit, leistbare Gebühren und ein lebenswertes Umfeld. Kommt es nicht zu einer gerechten Umverteilung ist das alles in Gefahr.

### Grüne und ÖVP für Einsparungen

**Die** KPÖ hat daher einen Zusatzantrag zur Resolution gestellt, in dem gefordert wird, die Mittel für die Gemeinden mit Hilfe einer Steuer auf große Vermögen und Erbschaften, sowie höhere Konzernsteuern aufzubringen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ und KPÖ beschlossen. Die FPÖ stimmte gegen den Antrag, weil sie Vermögenssteuern ablehnt. Ohne diese Steuern, müssen aber die arbeitenden Menschen für die Krise bezahlen.

ÖVP und Grüne waren gegen die Resolution, sie wollen stattdessen Einsparungen in der Gemeinde. Einsparungen die auf Kosten der JudenburgerInnen gehen würden. Auch an dieser Abstimmung zeigt sich, dass die Grünen mittlerweile, genau wie ÖVP und FPÖ, einer neoliberalen Logik folgen und für eine Politik für die Reichen und Konzerne stehen.



### Sparkurs fortgesetzt:

### Land will 900

### Spitalsbetten streichen

**Trotz der immer schwerwiegenden Krise der steirischen Spitäler hält die zuständige Landesrätin Dr.<sup>in</sup> Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) unbeirrt an der Streichung von 900 Spitalsbetten fest.**

Während des ersten Lockdowns im Frühjahr stellte Landesrätin Bogner-Strauß in Abrede, dass es zu wenig Personal oder zu wenig Betten gibt – diese seien „überflüssige Infrastruktur“.

Die aktuelle Situation macht aber deutlich, dass diese Aussagen mitten in einer Pandemie nicht haltbar sind. Denn der zweite Lockdown wurde damit begründet, dass die Kapazitäten unserer Spitäler beinahe erschöpft sind. Hätten das Land rechtzeitig für ausreichend Personal und Kapazitäten vorgesorgt, wäre uns viel erspart geblieben.

Wir lesen von Nachtdiensten, in denen ganze Stationen von einer einzigen Pflegekraft versorgt werden. Das ist unzumutbar. Der Direktor des Uniklinikums in Graz, Wolfgang Köle, bestätigt in einem Zeitungsinterview: „Unser Gesundheitssystem hat keine Reserven, das ist kein Geheimnis.“

Schon seit dem Frühjahr werden laufend Behandlungen auf unbestimmte Zeit verschoben, in Summe sind davon weit über 10.000 Patientinnen und Patienten betroffen.

## KPÖ-Sozialfonds 2020



**KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, KPÖ-StR. Renate Pacher, KPÖ-GR Josef Meszlenyi und DSA Karin Gruber**

Seitdem KPÖ-MandatarInnen in Funktionen gewählt wurden die mit einem hohen Politikerbezug verbunden sind liefern sie einen beträchtlichen Teil in den KPÖ-Sozialfonds ab. Für KPÖ-MandatarInnen gibt es eine Einkommensgrenze von 2.300 Euro.

**Mit** den eingezahlten Geldern werden bedürftige Menschen unterstützt. Jedes Jahr legen wir die Verwendung dieser Gelder in einer Pressekonferenz offen. Auch in der Obersteiermark gibt es den KPÖ-Sozialfonds. Wir führen Sozialsprechstunden durch, in denen wir von unserer Sozialarbeiterin Karin Gruber unterstützt werden.

**KPÖ**-Bezirkssekretär Josef Meszlenyi gab einen Überblick: „Im Vorjahr kamen viele Menschen zu uns mit denen wir bisher keinen Kontakt hatten und die nie gedacht hätten, dass sie jemals auf Unterstützung angewiesen sein werden. Die gestiegene Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit machen es für viele Menschen schwer mit ihrem Einkommen durchzukommen. Stadträtin Renate Pacher forderte die Erhöhung des Arbeitslosengeldes, das derzeit nur bei einer Ersatzrate von 55% liegt.“

**KPÖ**-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler berichtete, dass sich viele Eltern die Mehrausgaben durch „Homeschooling“ wie z.B. Laptops nicht leisten können. Hier konnte einigen geholfen werden. Erfreulich ist, dass im Landtag der KPÖ-Antrag für das

## KPÖ-Sozialfonds 2020

### Bezirk Murtal

Zinsen und Rest von 2019	69,36 €
Einzahlungen 2020	
LAbg. Werner Murgg	4.680,00 €
<b>Summe</b>	<b>4.749,36 €</b>

Ausgaben:

<b>Für 142 Unterstützungsfälle:</b>	<b>4.740,00 €</b>
Saldo: als Plus für 2021	9,36 €

### KPÖ Sozialfonds Obersteiermark West

Seit Oktober 2005 gab es 2384 Unterstützungsfälle, die mit einer Gesamtsumme von 127.642,87 Euro unterstützt wurden.

### KPÖ-Sozialfonds steiermarkweit:

Gesamtausgaben für Sozialunterstützungen: 167.750 Euro für 1.577 Personen.

Seit 1998 wurden von der KPÖ 20.039 Familien und Personen mit einer Gesamtsumme von 2.479.245,18 Euro unterstützt.

**Für KPÖ-PolitikerInnen gilt eine Einkommensgrenze von 2.300 Euro im Monat**

Aussetzen von Strom- und Heizungsabschaltungen angenommen wurde.

**Josef** Meszlenyi schloss die Pressekonferenz mit einem Ausblick: „Die Arbeitslosenzahlen zeigen dass der KPÖ-Sozialfonds heuer noch wichtiger sein wird. Dank Zuzahlungen von Claudia Klimt-Weithaler können wir unseren Fonds von derzeit 400 Euro auf 800 Euro im Monat aufstocken - und wir werden das leider brauchen.“

### Sprechstunde mit Sozialberatung

Leider können wir corona-bedingt derzeit keine Sprechstunde abhalten, trotzdem können wir Hilfestellungen anbieten.

**KPÖ-Knittelfeld**

**03512/ 822 40**

**DSA Karin Gruber**

**0316/877 5 101**

**AUF KEINEN MENSCHEN VERGESSEN!**

WIR SIND WEITERHIN FÜR SIE ERREICHBAR:

**03512/82240 KPÖ Knittelfeld**

**0316/877 5101 Sozialberatung  
KPÖ-Landtagsklub**

**0316/71 71 08 Mieter-Notruf**



**Wir wollen nicht für die Krise bluten,  
und zeigen deshalb schon jetzt die Ruten!**



**Die Corona-Milliarden fließen zu den Großen.  
Die Kleinen warten auf Almosen.  
Wer wird die Corona-Schulden einst bezahlen?  
Ohne **Reichensteuer** drohen uns Höllenqualen!**

## Entwurf Pflegeverordnung: Noch weniger Personal erlaubt!



Diese sieht die Möglichkeit einer **zehnprozentigen(!) Unterschreitung des Personals** vor. Krankenstände sollen erst nach **neun(!) Wochen** Auswirkungen auf die Berechnung des Personalschlüssels haben.

**Dazu** aus der Stellungnahme der Pflegeombuds-

Die ÖVP/SPÖ Landesregierung hat einen Entwurf für eine neue Verordnung über die Personalausstattung in Pflegeheimen (PAVO) vorge-

legt. „Daher muss abschließend mit Nachdruck betont werden, dass sich die PatientInnen- und Pflegeombudschaft dezidiert gegen diesen Entwurf ausspricht, da dadurch die Pflegequalität in der Steiermark massiv sinken würde und die Patientensicherheit nicht mehr gewährleistet wäre.“

**Dieser** Entwurf ist ein Hohn auf die Lehren der Corona-Krise und die Nöte von Pflegepersonal und HeimbewohnerInnen. Es braucht nicht weniger sondern mehr Personal in den Heimen. Die KPÖ hat mehrmals den Antrag gestellt den Personalschlüssel in der Steiermark auf das Wiener Niveau anzuheben, das deutlich mehr Pflegepersonal vorschreibt. Die Anträge wurden von ÖVP und SPÖ abgelehnt. Offensichtlich sind ÖVP und SPÖ der Meinung, dass SteirerInnen weniger Pflege brauchen als Menschen in Wien.

## Rettet die Kinder vor den Ratten und der Kälte!



Die Situation in den Flüchtlingslagern auf den Griechischen Inseln ist menschenunwürdig. Vor einigen Tagen wurde sogar berichtet, dass Kinder in der Nacht Bisswunden von Ratten erleiden.

Nationalratswahlen zu einem großen Sieg verholfen - und dieses Wählerpotenzial will sich er mit allen Mitteln erhalten - den Preis dafür zahlen die Kinder in Morria. Wo bleiben die christlich-sozialen Werte der ÖVP?

**Langfristig** aber ist nur eine Lösung möglich wenn Kriege beendet werden und die Menschen in ihren Heimatländern eine Perspektive haben. Das neutrale Österreich kann dazu einen Beitrag leisten.

**Von** vielen Seiten richten sich Appelle an den Bundeskanzler zumindest 100 Familien in Österreich aufzunehmen. Vergebens, das ist aber nicht nur Hartherzigkeit, sondern vor allem politisches Kalkül. Bundeskanzler Sebastian Kurz geht es vor allem um die WählerInnen der FPÖ. Die haben ihm bei den letzten

**Die Initiative „Omas gegen rechts“ hat die Petition „Rettet die Menschen vor den Ratten und der Kälte“ gestartet. Die Petition ist auf der Homepage der „Omas gegen rechts“ zu finden.**

## Gedenken an Judenburger WiderstandskämpferInnen

Jedes Jahr zu Allerheiligen führt die Gemeinde am Denkmal für die Judenburger WiderstandskämpferInnen eine Gedenkveranstaltung durch. Diese ist 2020 leider, aufgrund der Corona-Situation, ausgefallen. Die Gemeinde hat aber Kränze niedergelegt

Auch KPÖ-Gemeinderat Rene Windegger besuchte Denkmal, um an die KämpferInnen für ein freies Österreich zu erinnern und Nelken niederzulegen.



## Bis zu 65 Euro „Eintritt“ im Seniorenheim?

Die Coronamaßnahmen sind für die Menschen in Seniorenheimen besonderes hart. Nur ein maximal 20-minütiger Besuch, einmal in der Woche, getrennt durch eine Plexiglaswand sind erlaubt. BesucherInnen müssen auch einen negativen Corona-Test vorweisen.



**Jeder** mit nur einem Funken Mitgefühl kann sich vorstellen wie schlimm das für BewohnerInnen und Angehörige ist. Insbesondere bei Demenz, wo man dem alten

Menschen nicht erklären kann warum plötzlich fast kein Besuch mehr kommt.

**Nun** würde man meinen in dieser Situation wird alles getan um den Besuch zu erleichtern. Leider Fehlanzeige. Möglichkeiten für einen Gratistest wurden von der ÖVP/GRÜN-Regierung nicht vorgesehen. BesucherInnen müssen den Test selbst bezahlen und das kann laut Medienberichten bis zu 65 Euro kosten.

**Für** Menschen mit kleinem Einkommen wird der Besuch im Pflegeheim damit fast unleistbar. Die KPÖ fordert daher Gratis-Testmöglichkeiten vor Ort.

**Dieses** Beispiel ist ein weiteres Zeugnis für die Abgehobenheit dieser Regierung, der die Selbstdarstellung wichtiger ist als das Ausarbeiten von durchdachten Lösungen. Für jemand mit einem Minister-einkommen von rund 18.000 Euro sind 65 Euro für einen Schnelltest kein Problem. Allein daran zeigt sich, dass die Polikergehälter gesenkt werden sollten damit PolitikerInnen den Bezug zum realen Leben der Menschen nicht ganz verlieren.

**Die** KPÖ hat die Forderung nach Gratis-Tests vor Ort auch im Landtag eingebracht. SPÖ und ÖVP haben das abgelehnt, also werden die Angehörigen auch in Zukunft entweder kilometerweit zur nächsten Teststation fahren müssen oder selbst für den Test bezahlen müssen.

KPÖ LANDTAGSSITZUNG — 19.01.2021

**MEHR AUFGABEN**

**WENIGER PERSONAL**

Die steirischen Pflegekräfte verdienen Besseres als die Pläne von ÖVP und SPÖ!

LANDTAGSSITZUNG — 19.01.2021

**ÖVP & SPÖ**

**GEGEN**

**KOSTENLOSE SCHNELLTESTS FÜR BESUCHENDE ANGEHÖRIGE**

**IN PFLEGEHEIMEN!**

KPÖ

# 20 Prozent mehr Eurofighterlärm!

Vor den Gemeinderatswahlen haben mehrere SPÖ-Bürgermeister in den Medien groß angekündigt sich gegen die Lärmbelastung durch die Eurofighter wehren zu wollen. Im Wahlkampf entdeckten die Bürgermeister der Region das Lärmthema, zu Verbesserungen kam es bisher nicht.

**Im** Gemeinderat wurde eine Resolution beschlossen, es gab ein Treffen mit Vertretern des Bundesheers. Der Lärm der Eurofighter war in den letzten Monaten oft extrem, von den hohen Kosten, gerade in Coronazeiten ganz zu schweigen. In Zeltweg hat KPÖ-Gemeinderat Peter Lorberau die Frage gestellt, ob der Gemeinde ein Flugeinsatzplan mitgeteilt wurde.

**Der** Zeltweger Bürgermeister Reichhold erklärte mit dem Bundesheer in Kontakt zu sein, dieses würde aber auch auf Entscheidungen warten. Derzeit wird die gesamte Luftraumüberwachung von Zeltweg abgewickelt und die Flugbelastung ist um 20 Prozent gestiegen. Die Antwort auf die eigentliche Frage blieb der Bürgermeister schuldig.

**Mit** 20 Prozent mehr Eurofighterlärm wird das Aichfeld noch mehr zur Lärmhölle. Es müssen Initiativen gegen den Lärm gesetzt und vom Verteidigungsministerium konkrete Zusagen erreicht werden. Der Kampf gegen die Lärmbelastung darf nicht nur ein Wahlkampf-gag sein, denn Lärm macht krank.



# MITMACHEN!

Ändere die Welt - Sie braucht es



## Wofür steht die KPÖ?

Nichts muss so bleiben wie es ist. Damit der Kapitalismus uns und die Erde nicht an die Wand fährt, brauchen wir grundsätzliche Veränderungen. Menschenwürde, Frieden, Völkerverständigung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität dürfen kein unerfüllbarer Traum sein. Dafür kämpfen wir. Widerstand gegen das kapitalistische System ist dringend geboten

### Elke Kahr:

*Mieten und Betriebskosten, Öffentlicher Verkehr, der tägliche Einkauf, Strom, Heizung... Alles wird immer teurer. Die Lohnabschlüsse und Pensionserhöhungen bleiben hingegen hinter der Inflation zurück. Nur die KPÖ macht konkrete Vorschläge, wie diese Teuerungslawine aufzuhalten ist.*

### Ernest Kaltenegger:

*Zu einem würdigen Leben gehört ein gesicherter Arbeitsplatz. Jeder Mensch muss die Möglichkeit bekommen, sich seinen Fähigkeiten entsprechend zu entwickeln und von seiner Arbeit menschenwürdig leben zu können.*

## Mitmachen!

Noch nie wurde so viel Reichtum geschaffen wie heute. Trotzdem ist der Großteil der Bevölkerung von sinkender Kaufkraft und steigenden Preisen betroffen. Die Armut nimmt zu, aber auch der Reichtum einiger weniger. Das muss nicht so sein. In einer Gesellschaft muss das Wohl aller und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen. **Dafür treten wir ein, und mit DIR sind wir stärker!**



**Sie wollen mitmachen? Wir freuen uns auf Sie!**

**Kontakt: KPÖ-Judenburg-Fohnsdorf, Josefiplatz 3, Fohnsdorf,  
Tel: 0664 / 7346 2480, E-Mail: fohnsdorf@kpoe-steiermark.at**